

Frank Evers*

Perspektiv- und Dialogverluste in der Ukraine und auf der Krim: gegenwärtige Rahmenbedingungen für Kooperationsmöglichkeiten mit der OSZE

Die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der OSZE mit der Ukraine ergeben sich hauptsächlich aus der inneren Situation des Landes selbst. Diese ist nach dem zurückliegenden halben Jahrzehnt im Wesentlichen durch folgende vier Elemente gekennzeichnet: *erstens* durch eine tiefe Politikverdrossenheit der Öffentlichkeit nach der Preisgabe der demokratischen Ziele der Orangen Revolution von 2004/2005; *zweitens* durch die noch immer ungelöste Frage einer gemeinsamen ukrainischen Identität, die den Vielvölkerstaat unter Einschluss sowohl der ukrainischen Titularnation als auch der nichtukrainischen Minderheiten würde einigen können. Die Ukraine bleibt ethnisch tief gespalten, was durch konfessionelle Differenzen zwischen und in den Volksgruppen noch verstärkt wird. In einzelnen Regionen wie z.B. auf der Krim wird das besonders deutlich. *Drittens* ist die Situation von schlechter Regierungsführung und Korruption geprägt, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 und die außenwirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine vor allem bei Energie und Rohstoffen nur noch verstärkt werden. Infolge der genannten Umstände sind der Ukraine die inneren Perspektiven einer demokratischen, europaorientierten Erneuerung und wirtschaftlichen Neubelebung vorerst verloren gegangen. *Viertens* resultiert aus ihnen zudem eine latente Gefährdung der staatlichen Sicherheit des Landes. Die Ukraine ist für innere wie äußere Unsicherheitsfaktoren hochgradig empfänglich. Instabilität und innere Unwägbarkeiten haben bis Anfang 2010 auch zu einem beträchtlichen Verlust der äußeren – europäischen und eurasischen – Entwicklungsperspektiven geführt. Der Regierungswechsel nach den Wahlen Anfang 2010 hat dieses erstarrte Bild in mancher Hinsicht wieder in Bewegung gebracht, zunächst vor allem außenpolitisch.

Verlust der innenpolitischen Perspektive nach der Orangen Revolution

Die Orange Revolution zum Jahreswechsel 2004/2005 war das politische Schlüsselereignis in der Ukraine seit Erlangung ihrer Eigenstaatlichkeit. Die

* Der Autor war von 1996 bis 1999 als Stellvertretender Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine tätig und vertrat in dieser Funktion die Mission in der Autonomen Republik Krim. Der vorliegende Beitrag ist nach einem vierwöchigen Forschungsaufenthalt und Interviews mit rund 80 Gesprächspartnern im Oktober 2009 in Kiew und Simferopol sowie nachfolgenden Aufenthalten in Kiew und Lwiw Anfang 2010 entstanden. Die Inhalte der Interviews sind hier in ihrer Substanz wiedergegeben.

anschließende Beschädigung ihrer demokratischen Werte führte in intellektuellen Kreisen und auch innerhalb der Minderheiteneliten des Landes zu nachhaltiger Ernüchterung. Beobachter sprechen von einem Verlust der inneren Erneuerungsperspektive des Landes. Es gebe zudem keine konsolidierte Elite in der Ukraine oder in Regionen wie der Krim. Journalisten erklären, dass zudem unabhängige Medien, die potenziell zu den Erneuerungskräften hätten zählen können, nicht in entsprechender Qualität existieren. Trotz der seit 2005 herrschenden relativen Rede- und Medienfreiheit sei die Medienlandschaft heute fest in der Hand von Kommerz und Korruption. Es gebe so gut wie keinen analytischen und investigativen Journalismus. Gesprächspartner bringen das Gefühl zum Ausdruck, man habe die Möglichkeit einer politischen Erneuerung verpasst und die erneute Chance hierfür sei frühestens in zwei bis drei Legislaturperioden, also erst nach dem altersbedingten Ausscheiden der jetzigen Politikergeneration, zu erwarten. Die derzeitigen Eliten seien zutiefst diskreditiert. Vom Amtswechsel von Präsident Viktor Juschtschenko zu Präsident Viktor Janukowitsch wurde – zumindest noch am Vorabend der Wahlen – eher keine Erneuerung des unterbrochenen demokratischen Prozesses erwartet, allerdings rechnet man mit neuen außenpolitischen Akzenten.

Verfehlte Suche nach nationalen Identitäten

Die zwar nicht erklärte, gleichwohl aber stattfindende Suche der großen Volksgruppen des Landes nach einer eigenen Identität wurde in den zurückliegenden Jahren stärker als unter den ersten zwei Präsidenten des Landes, Leonid Krawtschuk (1991-1994) und Leonid Kutschma (1994-2005), politisch instrumentalisiert und emotional aufgeladen. Die rigide Ukrainisierungspolitik der Zentralregierung unter Präsident Juschtschenko (2005-2010) hat die ethnischen Lager dabei weiterhin eher polarisiert als zusammengebracht. In fast zwei Jahrzehnten staatlicher Eigenständigkeit der Ukraine haben sich in der Öffentlichkeit weder ein Ukrainebild noch ein nationaler Mythos entwickelt, die die ethnischen Ukrainer und die nichtukrainischen Volksgruppen zu einem Staatsvolk vereinen könnten. Ethnische Ukrainer beharren ganz im Gegenteil auf ihrer sprachlichen und kulturellen Dominanz, die ihre Eliten in alter politischer Tradition vor allem mit restriktiven Mitteln, etwa in Sprach-, Medien-, Bildungs- und Verwaltungsfragen, durchzusetzen versuchen. Zusammen mit öffentlich enorm polarisierenden Gesten wie beispielsweise der Verehrung solch umstrittener Symbolfiguren der ukrainischen Geschichte wie Symon Petljura (1879-1926) und Stepan Bandera (1909-1959)¹

¹ Präsident Juschtschenko legte während eines Besuchs in Paris im Jahr 2005 einen Kranz am Grab von Symon Petljura nieder. Außerordentliche Diskussionen rief die Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Stepan Bandera durch Präsident Juschtschenko Anfang 2010 hervor, die allerdings im April desselben Jahres wieder rückgängig gemacht wurde.

oder der Kampagne zur internationalen Anerkennung der Hungersnot in der Ukraine von 1932/33 (*Holodomor*) als von Moskau gezielt betriebener Völkermord an den Ukrainern bewirken sie in erster Linie eine zunehmende Distanzierung zwischen ethnischen Ukrainern und den übrigen Volksgruppen.

Rigide Ukrainisierungspolitik

Die rigide Ukrainisierungspolitik unter Präsident Kutschma und mehr noch unter Präsident Juschtschenko hat bei den Minderheitengruppen eher die Abkehr von einer möglichen ukrainischen nationalen Idee bewirkt, falls diese in der Gegenwart überhaupt je existiert haben sollte. Wichtige Minderheiten wie die russische und die krimtatarische lehnen es ab, sich als Teil eines ukrainischen Gesamtvolkes zu betrachten, das ihnen nach ihren Erfahrungen keinen respektablen Platz in der Nationenbildung anbietet. Sie akzeptieren zwar die ukrainische Staatlichkeit und die ukrainische Staatsbürgerschaft ihrer Volksgruppenmitglieder, empfinden sich selbst dabei beispielsweise aber als Angehörige des größeren ostslawischen Volkes der Russen bzw. betonen wie im Fall der Krimtataren ihre Autochthonie. Zu den durch die Ukrainisierungspolitik der Zentralregierung marginalisierten Minderheiten gehören immerhin über acht Millionen Russen (ca. 17 Prozent der Gesamt- und 58 Prozent der Krimbevölkerung) sowie rund eine viertel Million Krimtataren (ca. zwölf Prozent der Krimbevölkerung).² Minderheitenvertreter beschreiben das Empfinden für die Situation ihrer Volksgruppe häufig bestenfalls als „Unbehagen“.

Antagonistische ethnische Identitäten

Antagonistische ethnische Identitäten sind inzwischen zu einem der Kernprobleme der inneren Situation der Ukraine geworden. Sie spielen insbesondere in den kompakten Siedlungsgebieten der Minderheitengruppen eine kritische Rolle. Sie entwickeln sich in getrennten Wahrnehmungssphären und werden durch getrennte Medienrealitäten zusätzlich genährt. Auf diese Weise ist in der postsowjetischen Ukraine eine starke ethnische Polarisierung entstanden, die auch die ukrainischen Außenbeziehungen maßgeblich prägt, ihrerseits wiederum durch das Ausland beeinflusst wird und auch künftig unschwer manipuliert werden kann. Wichtige ethnische Gruppen übertragen ihre Themen (Minderheitenstatus, Sprachregelung, Krim-Frage etc.) auf außenpolitische Projektionsflächen – etwa auf die Themen NATO-Beitritt oder Beziehungen zu Russland – oder beziehen sie von dort.

2 Vgl. State Statistics Committee of Ukraine, All-Ukrainian Population Census 2001, unter: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/>.

Unklare Selbstidentifikation der Ukrainer

Die notwendige Selbstidentifikation der Ukraine als eigenständiger ostslawischer, dabei aber nichtrussischer, wenngleich auch russisch geprägter Staat steht vor allem aus Sicht der ukrainischen Volksgruppe trennend zwischen der Ukraine und Russland. Die in national ausgerichteten russischen Kreisen gängige ethnische Wahrnehmung, nach der Russen, Weißrussen und Kleinarussen (Ukrainer) alle einem ursprünglichen großrussischen Volk angehören, stellt in letzter Konsequenz die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Ukraine von Russland in Frage. Der auf der Ukraine von Osten her lastende äußere ethnische Druck verlangt daher ebenfalls nach überzeugenden Erklärungen dessen, was das originär Ukrainische ist, für die multiethnische Öffentlichkeit des Landes.

Indessen hat auf der anderen (westlichen) Seite ihre unklare europäische Selbstidentifikation die Ukraine auch ihren europäischen Nachbarn kaum näher gebracht. Anders als vielfach angenommen, geht die Spannung zwischen ostslawischen und europäischen Elementen des Ukrainischen allerdings nicht so weit, dass sie derzeit eine fundamentale Ost-West-Spaltung des Landes herbeizuführen im Stande wäre. Beobachter sind der Ansicht, dass diese Frage erst seit 2004 von außen in das politische Leben des Landes hineingetragen worden ist.

Schlechte Regierungsführung und politische Paralyse

Die schlechte Regierungsführung in der Ukraine hat mittlerweile bedrohliche Ausmaße angenommen. Die während der Orangen Revolution 2004 auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit von Präsident Juschtschenko gegenüber seinen Anhängern angekündigte Vergangenheitsbewältigung, insbesondere mit Blick auf die mutmaßlichen kriminellen Machenschaften seines Vorgängers Leonid Kutschma – dem er seine politische Karriere verdankte und somit persönlich verpflichtet war –, wurde nicht nur nicht umgesetzt. Der flächendeckende Personalaustausch in Politik und Verwaltung durch Präsident Juschtschenko hat vielmehr nach allgemeiner Ansicht die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen verheerend untergraben (und war teilweise ohnedies gesetzwidrig). Zwischen Präsident, Parlament und Regierung herrschte darüber hinaus seit 2005 jene bekannte Pattsituation, die notwendige politische und administrative Fortentwicklungen bis zu den Wahlen 2010 weitgehend blockierte.

In keinem der relevanten politischen Lager existieren gegenwärtig der Wille und die Voraussetzungen zur Überwindung der neuen ukrainischen Vetternwirtschaft und Korruption. Die Korruption des Regimes Juschtschenko hat im Gegenteil eine selbst für die Ukraine bemerkenswerte soziale und politische Apathie ausgelöst. Das Regime schien kaum mehr in der Lage zu sein,

grundsätzliche interethnische, interkonfessionelle, soziale, wirtschaftliche bzw. administrative und ideologische Probleme zu regulieren. Einige Beobachter sprechen seit Längerem von prekärer Staatlichkeit und der Gefahr des Staatszusammenbruchs, ohne allerdings im heutigen Präsidenten Viktor Janukowitsch eine nennenswerte Alternative zu sehen.

Außenpolitische Bedingungen für die Zusammenarbeit mit der Ukraine

In den ukrainischen Eliten wird derzeit der – wie man ihn nennt – „Verlust der europäischen Perspektive“ des Landes diskutiert. Dies bezieht sich auf die gänzlich unterschiedlich gearteten Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO.

Perspektivverlust in den Beziehungen zur EU

In Gesprächen über die EU verweisen ukrainische Beobachter nicht nur darauf, dass die Beitrittswünsche der Ukraine noch 2004/2005 von europäischer Seite zurückgewiesen worden seien. Vielmehr sei zudem keine der ukrainischen Öffentlichkeit darstellbare Perspektive für eine substanzielle Annäherung der Ukraine an die Europäische Union formuliert worden. Während von europäischer Seite auf die notwendige innere Erneuerung des Landes als *der* Weg zu einer solchen Annäherung gedrungen wird, entschuldigt man deren Ausbleiben auf ukrainischer Seite damit, dass entsprechende Schritte unmöglich seien, solange der Öffentlichkeit weder eine dazu vermeintlich notwendige symbolische Beitrittsperspektive noch ein entsprechendes Prozedere (in Form von *Roadmaps*) präsentiert werden kann. Außerdem polemisiert man mit gewisser Kränkung über den sich aufdrängenden Vergleich mit Rumänien und Bulgarien, mit der Türkei, Albanien und Serbien. Die zunehmende Formalisierung der Beziehungen zwischen EU und Ukraine über die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Östliche Partnerschaft, den Aktionsplan EU-Ukraine (2005) und die 2007 begonnenen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine werden dabei ebenso außer Acht gelassen wie die seit längerem gegebene Bereitschaft der EU, gemeinsam mit der Ukraine eine detaillierte Agenda zu erstellen, die auf politische Assoziation und wirtschaftliche Integration abzielt. Substanz und Symbolik standen oder stehen hier gegeneinander. Die fehlende Beitrittszusage sei gleichbedeutend mit dem Fehlen einer europäischen Vision für das Land, was Unbehagen auslöse und praktische Schritte erschwere, heißt es in Beobachtkreisen. Man sähe sich Forderungen nach einer allmählichen Übernahme des EU-*Acquis* ohne gleichzeitige institutionelle Integration und strategische Orientierung gegenüber. Während in der Öffentlichkeit die Topthemen Energiesicherheit und Visaregime diskutiert werden, fehlt es in den politischen Kreisen ganz offensichtlich an der Bereitschaft und den Voraus-

setzungen für eine substanzielle innenpolitische Erneuerung. Stattdessen formulierte noch der scheidende Präsident Viktor Juschtschenko an die Adresse der EU vor allem Vorwürfe, wie etwa auf dem EU-Ukraine-Gipfel Anfang Dezember 2009.

Ungeachtet der inneren Befindlichkeiten der Ukraine versucht die EU mit der neuen ukrainischen Führung zu einem konstruktiveren, inhaltlichen Dialog zu gelangen. Präsident Janukowitsch scheint ebenfalls ertragreichere Beziehungen anzustreben. Außenminister Kostjantyn Hryschtschenko erklärte zu den diesbezüglichen Grundsätzen der neuen Regierung: „Unsere Außen- und Innenpolitik bleibt weiterhin primär auf die europäische Integration ausgerichtet. Die Integration in die Europäische Union ist eine wichtige Antriebskraft für die ambitionierten innenpolitischen Reformen in der Ukraine.“³ Von der EU wird die Ukraine als prioritärer Partner („*priority partner country*“) im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) bezeichnet. Anfang 2010 hieß es in der politischen Polemik, für das oben genannte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine könne man sich nunmehr den überschaubaren Verhandlungsrahmen von zwölf Monaten vorstellen.⁴ In einer Auflistung der Prioritäten für 2010 im Rahmen der Assoziierungsagenda wird die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine in insgesamt 78 Punkten inhaltlich konkretisiert.⁵

Perspektivverlust in den Beziehungen zur NATO

Ein noch deutlicherer Perspektivverlust wird bezüglich einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft konstatiert. Dabei gibt es hierzu bekanntlich nicht einmal einen nationalen Konsens: Die NATO-Frage spaltet die Öffentlichkeit in hochemotionaler Weise; die beiden bisherigen Erweiterungsrounds haben ideologische Vorbehalte nur erneuert. In der russischen Minderheit wird viel über die bewaffnete Intervention der NATO in Serbien zur Lösung des Kosovokonflikts diskutiert. Öffentliche Proteste der russischen Minderheit – wie auch des Nachbarstaats Russland – richten sich gegen die Anwesenheit der NATO im Schwarzmeerraum, so z.B. regelmäßig im Zusammenhang mit den periodisch stattfindenden gemeinsamen Marineübungen „*Sea Breeze*“.

In ukrainischen Führungskreisen geht man zwar davon aus, dass die 2008 in Bukarest gegebene prinzipielle Beitrittszusage auf längere Sicht bestehen bleiben wird (dort hatte man erklärt: „Wir kamen heute überein, dass diese

3 Permanent Mission of Ukraine to the OSCE, Statement by the Minister for Foreign Affairs of Ukraine H.E. Mr. Kostyantyn Gryshchenko at the Special Permanent Council Meeting of the OSCE, PC.DEL/618/10, Wien, 22. Juni 2010 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

4 Vgl. Ahto Lobjakas, Radio Free Europe/Radio Liberty, EU Official Says Ukraine Association Talks At Crucial Juncture, 8. April 2010, unter: http://www.rferl.org/content/EU_Official_Says_Ukraine_Association_Talks_At_Crucial_Juncture/2006323.html.

5 Siehe European Commission – External Relations, List of the EU-Ukraine Association Agenda priorities for 2010, unter: http://ec.europa.eu/external_relations/ukraine/docs/2010_association_agenda_priorities_en.pdf.

Länder [Georgien und die Ukraine, F.E.] NATO-Mitglieder werden.⁶ Jedoch sieht man weder in Kiew noch in wichtigen europäischen Hauptstädten den für ihre Verwirklichung notwendigen politischen Willen. Präsident Janukowitsch sprach sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit gegen einen NATO-Beitritt aus. In einem deutlich symbolischen Akt löste er im April 2010 die interministerielle Kommission für die Vorbereitung eines NATO-Beitritts sowie das von dem bekannten Politiker Wolodymyr Horbulin geleitete Nationale Zentrum für die euroatlantische Integration der Ukraine auf. Janukowitsch erklärte sich zwar zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der NATO bereit, der Beitritt zur NATO steht jedoch unter seiner Präsidentschaft nicht mehr auf der Tagesordnung. Außenminister Hrytschenko unterstrich im Juni 2010 in Wien den blockfreien Status seines Landes: „Die Ukraine ist ein europäischer blockfreier Staat, der eine transparente Außenpolitik betreibt und die Zusammenarbeit mit allen interessierten Partner anstrebt, ohne sich jedoch von irgendeinem Staat, einer Gruppe von Staaten oder internationalen Strukturen abhängig zu machen.“⁷

Seitens der NATO wird der Dialog mit der Ukraine dennoch aktiv betrieben. Die offizielle Formel lautet gegenwärtig, die Ukraine suche unter der derzeitigen Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch aktuell nicht um eine Mitgliedschaft in der Allianz nach; dies habe allerdings keine praktischen Auswirkungen auf ihre Zusammenarbeit mit der NATO.⁸

Ihre fehlende Einbindung in die NATO oder alternativ in die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) hat für die Ukraine gewissermaßen eine Bündnisfreiheit ohne Sicherheitsgarantien erzeugt. In der ukrainischen öffentlichen Debatte wird seit längerem darauf hingewiesen, dass sich der einzige wesentliche Verweis auf Sicherheitsgarantien für das Land im sogenannten Budapester Memorandum aus dem Jahr 1994 (als Gegenleistung für den Verzicht auf Atomwaffen, die sich nach der Auflösung der Sowjetunion noch in der Ukraine befanden) finde, das allerdings völkerrechtlich unverbindlich sei.⁹ Die Ukraine könne zudem ihre militärische Sicherheit auch kaum aus eigener Kraft gewährleisten.¹⁰ Der Zustand der ukrainischen Streitkräfte wird in Expertenkreisen allgemein als katastrophal

6 Gipfelerklärung von Bukarest. Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 3. April 2008 in Bukarest, Absatz 23, unter: http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/GipfelerklBukarest_Seite.html.

7 Statement by the Minister for Foreign Affairs of Ukraine, a.a.O. (Anm. 3).

8 Vgl. North Atlantic Treaty Organization, NATO's relations with Ukraine, unter: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_37750.htm.

9 Vgl. USA, Russia, United Kingdom, Memorandum on Security Assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Budapest, 5. Dezember 1994; France, Statement by France on the Accession of Ukraine to the NPT, Budapest, 5. Dezember 1994.

10 Vgl. Valentin Badrak/Vladimir Gorbulin, Konkvistador v pancire železnom [Eroberer in eiserner Rüstung], in: Zerkalo Nedeli Nr. 34, 12. September 2009, unter: <http://www.zn.ua/1000/1550/67168>, und Aleksandr Litvinenko/Vladimir Gorbulin, Evropejskaja bezopasnost': vozmožnyj put' oslabit' vyzovy i ugrozy [Europäische Sicherheit: ein möglicher Weg der Abschwächung von Herausforderungen und Bedrohungen], in: Zerkalo Nedeli Nr. 43, 7. November 2009, unter: <http://www.zn.ua/1000/1600/67675/>.

eingeschätzt. Bewaffnung und Ausrüstung sind in der Regel veraltet, der militärisch-industrielle Komplex ist kaum wettbewerbsfähig. Es heißt, die Truppe sei demoralisiert. Mehrere schwere technische Zwischenfälle haben in den zurückliegenden Jahren den niedrigen Ausbildungsstand der Truppe und ihre mangelhaften Befehls- und Infrastrukturen demonstriert.

Perspektivverlust in den Beziehungen zu Russland

Auf der anderen geopolitischen Seite hat die seit Jahren anhaltende Zuspitzung der ukrainisch-russischen Beziehungen zu einem Verlust der Kooperationsperspektiven auch in dieser Richtung geführt, wenngleich Russland stets bereit ist, seine Zusammenarbeit mit der Ukraine jederzeit wieder zu intensivieren. Von den ethnisch ukrainischen Eliten wird Russland dabei primär als Drohfaktor betrachtet, der die Existenz des ukrainischen Staates und der ukrainischen Nation in Frage stellt. Diese Wahrnehmung hat ganz offensichtlich die Führung unter Präsident Juschtschenko geprägt. Demgegenüber ist unter Präsident Janukowitsch nunmehr ein Wandel in den Beziehungen zu Russland zu beobachten, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass Präsident Janukowitsch innenpolitisch ein großes ethnisch russisches Wählerkontingent hinter sich sieht. Im Juni 2010 stellte Außenminister Hryschtschenko gegenüber der OSZE fest: „Unsere strategische Partnerschaft mit Russland gewinnt in allen gemeinsamen Interessenbereichen an Dynamik.“¹¹

Die Situation auf der Krim

Entgegen den nach den Ereignissen in Georgien im Jahr 2008 in den Medien kursierenden Spekulationen über eine mögliche nächste Krimkrise ist die Lage auf der Halbinsel derzeit zumindest vordergründig stabil. Es gibt kaum maßgebliche politische Kräfte vor Ort, die eine akute Destabilisierung der inneren Situation betreiben würden. Andererseits wird die innenpolitische Situation in der Ukraine im Allgemeinen und diejenige auf der Krim im Besonderen von der ukrainischen Regierung dem Ausland gegenüber augenscheinlich beschönigt. Ganz offensichtlich wünscht man kein äußeres politisches Engagement im Land, obschon seitens nationaler und internationaler Agenturen und Organisationen ein zunehmendes Interesse an der Halbinsel festzustellen ist.¹²

Die Stabilität auf der Halbinsel ist aufgrund der Konfliktbeladenheit der Region permanent von innen her gefährdet und zudem anfällig für äußere Einflüsse. Zuspitzungen sind jederzeit leicht provozierbar. Beeinflussungen vom ukrainischen Festland her, aber auch aus Russland, der Türkei, dem arabi-

11 Statement by the Minister for Foreign Affairs of Ukraine, a.a.O. (Anm. 3).

12 So wurde u.a. Anfang 2010 eine gemeinsame EU-Kooperationsinitiative für die Krim für 2010-2011 verabschiedet.

schen Raum, Europa oder den USA können die Situation auf der Krim jederzeit in Bewegung bringen. Zumindest wird dies von den maßgeblichen politischen und ethnischen Kräften der Halbinsel so wahrgenommen. Die noch unter Präsident Leonid Kutschma gegebene Fähigkeit der Zentralregierung, gegenüber den zersplitterten Eliten der Krim stabilisierend zu wirken, existiert kaum noch.

Verharmlosung der Situation auf der Krim durch die ukrainische Regierung

Offiziell betrachtet Kiew die Krim als stabil. Das wird auch der OSZE gegenüber so zum Ausdruck gebracht.¹³ Man geht in der Außendarstellung sogar von einer fortgeschrittenen Integration aus und konstatiert allenfalls soziale und wirtschaftliche Probleme infolge der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Situation sei zwar geprägt durch regionale Entwicklungsgelände, sozialen Zerfall und die gegenseitige Isolierung der sozialen Schichten voneinander. Es gebe jedoch eine Kultur der Toleranz auf der Halbinsel bei gleichzeitigem Fehlen einer Tradition ethnischer Dominanz. Bei verschiedenen Gelegenheiten machte die ukrainische Regierung mit Nachdruck deutlich, dass sie eine spezielle Thematisierung der Krimfrage durch internationale Organisationen wie die OSZE nicht wünscht.

Verstetigung der Konfliktkonstellation auf der Krim

Die Krim ist gleichwohl von denselben interethnischen Spannungen geprägt, die auch zum Zeitpunkt der Schließung der OSZE-Mission 1999 vorherrschend waren. Man könnte von einer Verstetigung der Konfliktkonstellation sprechen. Strategische Ziele, Wahrnehmungen, politische Losungen, ja selbst das Spektrum der tagesaktuellen Streitthemen der wichtigsten ethnischen und politischen Lager haben sich gar nicht oder nur marginal verschoben. Gleichzeitig ist eine allmähliche Zuspitzung der Situation auf der Krim zu beobachten. Dies bestätigen auch die jüngsten Beobachtungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM), der von einer wachsenden Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit auf der Halbinsel spricht.¹⁴

Antagonistische strategische Ziele der Volksgruppen

Die strategischen Ziele der wichtigsten Volksgruppen der Krim schließen einander nach wie vor aus. Spürbarer als in anderen Verwaltungseinheiten der

13 „Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen der vor einigen Jahren dort anzutreffenden Situation und der heutigen Lage. Es haben im Gegenteil einige positive Entwicklungen stattgefunden.“ Volodymyr Yelchenko, Delegation of Ukraine to the OSCE, Statement in response to the report of the OSCE High Commissioner on National Minorities Ambassador Knut Vollebaek, PC.DEL/469/09, Wien, 19. Juni 2009.

14 Vgl. Knut Vollebaek, OSCE HCNM, Statement to the 765th Plenary Meeting of the OSCE Permanent Council, HCNM.GAL/7/09, Wien, 18. Juni 2009.

Ukraine streiten Russen und Ukrainer miteinander um regionale Dominanz. In diese innerslawische Auseinandersetzung werden auch andere Volksgruppen hineingezogen. Die Krimtataren spielen wie ehemals die dritte Kraft zwischen den beiden Seiten. Sie beziehen regelmäßig Positionen der ukrainischen Zentralregierung und unterstützen in Wahlkoalitionen selbst ukrainisch-nationalistische Haltungen. Sie befürworten die europäische Integration der Ukraine und somit einen größeren Abstand zu Russland.

Wie ehemals bestehen die Krimtataren auf der Umwandlung der Autonomen Republik Krim in eine national-territoriale autonome Einheit, die sich nicht nur territorial, sondern über eine Volksgruppe, also hier die Krimtataren, definiert. In der Erklärung des höchsten krimtatarischen Vertretungsorgans, des Kurultai, über die nationale Souveränität des Volkes der Krimtataren vom Juni 1991 heißt es: „Die Krim ist das nationale Territorium des krimtatarischen Volkes, auf dem nur dieses das Recht auf Selbstbestimmung hat [...] Die politische, wirtschaftliche, geistige und kulturelle Wiedergeburt des krimtatarischen Volkes ist nur innerhalb seines souveränen Nationalstaates möglich. [...] Das Land und die natürlichen Ressourcen der Krim [...] sind die Grundlage des nationalen Reichtums des krimtatarischen Volkes und Quelle des Wohlstands aller Einwohner der Krim.“¹⁵

Das Ziel der Errichtung einer national-territorialen Autonomie ist für das krimtatarische Volk ein zentrales einendes Element. Es kollidiert zwangsläufig mit dem Eintreten der Russen und Ukrainer für den Schutz der Autonomen Republik Krim als einer territorialen Autonomie ohne ethnische Attribute und für die langfristige Wahrung der ostslawischen – in der Gegenwart ethnisch russischen, staatlich ukrainischen – Vorherrschaft auf der Halbinsel. Kiews Strategie der Ukrainisierung läuft andererseits sowohl den Interessen der Russen an der Wahrung ihrer ethnischen Identität als auch langfristig dem Ziel einer nationalen Wiedergeburt der Krimtataren zuwider. Die Krimtataren streben nach einer möglichst vollständigen Wiederversammlung ihres Volkes auf der Krim und verfechten auf nationaler wie internationaler Bühne das umstrittene Konzept ihrer Autochthonie, das eng mit der Forderung nach national-territorialer Autonomie zusammenhängt.¹⁶ Hier bestehen strategische Interessenkonflikte nicht nur mit Ukrainern und Russen, sondern auch mit anderen nichtslawischen Minderheiten wie z.B. den Krimtschaken und den Karaimen, die zwar zahlenmäßig klein, aber für die interethnische Stabilität nicht unbedeutend sind und sich – wie in den beiden aufgeführten Fällen – teils ebenfalls als autochthon bezeichnen.

15 Kurultaj krymsko-tatarskogo naroda. Deklaracija o nacional'nom suverenitete krymsko-tatarskogo naroda [Kurultai des krimtatarischen Volkes, Erklärung über die nationale Souveränität des Volkes der Krimtataren], 28. Juni 1991, unter: <http://kro-krim.narod.ru/LITERAT/TATARI/tatdekl.htm>.

16 Die ukrainische Verfassung vom 28. Juni 1996 erwähnt in Artikel 11 zwar indigene Völker, geht aber nicht weiter darauf ein. Das Thema ist offen. Bei der Verabschiedung der VN-Deklaration der Rechte indigener Völker am 13. September 2007 enthielt sich die Ukraine der Stimme.

Interethnischer und interkonfessioneller Dialogverlust

In den Beziehungen zwischen den Volks- und Konfessionsgruppen der Krim ist ein deutlicher Dialogverlust wahrnehmbar, auch wenn dieser von offizieller Seite nicht bestätigt wird, ganz im Gegenteil. Dennoch ist für den Beobachter sichtbar, dass die seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts auf der Krim bestehenden Dialogformate aus unterschiedlichen Gründen entweder abgebaut wurden oder aber an Substanz verloren haben.

Interethnischer Dialogverlust

Betrachtet man die gegenwärtige interethnische Situation auf der Krim, so ist das Verschwinden von interethnischen Dialogformaten auffällig, die noch vor zehn Jahren als feste Institutionen in der politischen Landschaft der Halbinsel präsent waren.¹⁷ Formate des gesellschaftlichen Dialogs, die inzwischen von der Regierung eingerichtet worden sind, wie etwa der Gesellschaftliche Rat beim Ministerratsvorsitzenden der Krim oder der vom UNDP geförderte Rat für menschliche Sicherheit (*Human Security Council*) beim Vorsitzenden des Parlaments der Krim können den ursprünglichen interethnischen Austausch nicht ersetzen, auch wenn die Einbettung ethnischer Themen in eine breitere öffentliche Debatte durchaus nachvollziehbar ist.¹⁸

Den Grund für die Auflösung der ursprünglichen Dialogstrukturen sehen einige Experten in der politischen Kommerzialisierung des politischen Diskurses über ethnische Fragen. Von „*Ethno-Business*“ ist die Rede und vom Streben nach Eigenlegitimierung der inzwischen etablierten ethnischen Führungskreise. Von dieser Seite aus betrachtet erscheinen auch die wieder zunehmenden Zusammenstöße zwischen Krimtataren und Slawen nicht rein zufällig. In den Medien ausführlich dargestellte Gewaltakte wie etwa das Niederreißen von illegal errichteten krimtatarischen gastronomischen Einrichtungen auf dem höchsten Berg der Krim, Aj Petri, Straßenschlachten um einen Markt im krimtatarisch dominierten Bachtschissaraj oder Auftritte russischer Kosakensschaften lösen großen öffentlichen Unmut aus und bieten Gelegenheit zur politischen Profilierung.

Interkonfessioneller Dialogverlust

Der interkonfessionelle Dialog auf der Krim ist demgegenüber nach wie vor ein bemerkenswertes Phänomen. (Auf Landesebene gibt es einen solchen Dialog innerhalb des Allukrainischen Rates der Kirchen und religiösen Orga-

17 Die Assoziation der ethnischen Gesellschaften und Gemeinden der Krim hat aus finanziellen und organisatorischen Gründen aufgehört zu existieren. Es gibt eine dem Vernehmen nach wenig aktive Nachfolgeorganisation. Der Interethnische Rat der Krim wurde behördlicherseits aufgelöst und durch einen Gesellschaftlichen Rat ersetzt.

18 Erwähnenswert ist, dass auf zentralstaatlicher Ebene ein Rat der gesellschaftlichen Organisationen der nationalen Minderheiten existiert, in dem derzeit 43 Organisationen und das Staatliche Komitee für nationale Minderheiten und Religionen vereint sind. Mit Ausnahme von drei Verwaltungseinheiten, einschließlich der Krim, agieren analoge Räte auch in den Gebieten (*oblasti*). Ein ähnlicher Rat existiert als Kommunikationsinstrument des Präsidenten.

nisationen, einer Plattform von gegenwärtig 19 Konfessionen.) Der Austausch zwischen den Konfessionsführern auf der Krim hatte im Laufe der Jahre in eskalierenden politischen Situationen oftmals mäßigenden Einfluss. Gleichwohl muss festgestellt werden, dass der unter dem Motto „Frieden ist eine Gabe Gottes“ tagende Interkonfessionelle Rat der Krim – das Spitzengremium der Führer der sich auf der Krim als althergebrachte betrachtenden Konfessionen – seit knapp einem Jahrzehnt ohne ständige muslimische Mitgliedschaft zusammentritt, das heißt nur noch unter der sporadischen Teilnahme von Mufti Emirali Ablajew. Der Mufti, neben dem orthodoxen Metropoliten Lazar von Simferopol und der Krim (Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, UOK-MP) wichtigstes Mitglied des Gremiums, begründete im Jahr 2000 sein Ausscheiden aus dem Rat mit dem Protest gegen den angeblichen Aufruf zur öffentlichen Errichtung von eintausend Kreuzen auf der Krim aus Anlass des christlichen Millenniumsfests sowie mit der Nichtaufnahme des Vertreters der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK-KP) in den Rat, die offenbar auf den Vertreter des Moskauer Patriarchats zurückgeht.¹⁹ Der Rat ist für das interkonfessionelle Gespräch und den Dialog mit den zuständigen Staatsorganen gedacht. Er hat eine Satzung, ist allerdings nicht behördlich registriert.

Nach Auffassung der Kiewer Regierung sind – zumindest in der Darstellung gegenüber ausländischen Gesprächspartnern – wesentliche interkonfessionelle Konflikte im Land, einschließlich der Krim, weitgehend überwunden. Hierhingehend äußerten sich beispielsweise Vertreter des für diese Fragen zuständigen Staatskomitees für nationale Minderheiten und Religionen. Diese Einschätzung lässt allerdings den kanonischen Disput zwischen dem Moskauer und dem Kiewer Patriarchat und auch andere innerchristliche Differenzen ebenso außer Acht wie die wachsenden Spannungen zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen sowie Spaltungen innerhalb der muslimischen Gemeinden (s.u.). Nach Auffassung einiger Beobachter ist grundsätzlich sogar eine Verlagerung der Spannungen vom interethnischen in den interkonfessionellen Bereich festzustellen.

Angemerkt sei ferner, dass für viele Religionsgemeinden nach wie vor die Rückübertragung ihres von der Sowjetmacht konfiszierten Eigentums – vor allem von Gotteshäusern – auf der Tagesordnung steht. Auf der Krim betrifft dies unterschiedslos die meisten größeren Konfessionsgemeinden – von Christen über Muslime bis hin zu Karaimen. Vertreter der betroffenen Gemeinden unterstrichen in der Regel jedoch, dass diese sich seit Jahren hinziehenden Restitutionsregelungen zwar wichtige, aber keine unlösbaren Fragen seien.

19 Für eine Aufnahme fehlt aus Sicht des Moskauer Patriarchats die grundlegende Voraussetzung – die kanonische Anerkennung der UOK-KP durch die miteinander in Kirchengemeinschaft stehenden autokephalen und autonomen orthodoxen Kirchen um das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, unter denen die Russisch-Orthodoxe Kirche eine besondere Rolle spielt.

Im Unterschied zur Restitutionsfrage ist die Errichtung einer Reihe von neuen, meist stadtbildprägenden Sakralbauten enorm umstritten. Muslime verfolgen den vielerorts betriebenen Bau von Kirchen kritisch. Derweil beobachten die christlichen Slawen seit Jahren skeptisch den aus dem arabischen Raum heraus stark geförderten Bau von Moscheen. Die behördlich akzeptierte, quasi-staatliche Parallelverwaltung der Krimtataren, die Medschlis, und das von ihr protegierte Muftiat unter Mufti Emirali Ablajew befinden sich seit längerem in einem heftigen Disput mit den kommunalen Behörden in Simferopol über die geplante Errichtung einer neuen zentralen Moschee in der Stadt, deren Bau dem Vernehmen nach auch bereits bewilligt war. Diese Auseinandersetzung ist wie vieles andere auch symbolträchtig und öffentlichkeitswirksam.

Der innerchristliche Dialog

Trotz ihrer deutlich religiös geprägten, zumeist christlichen Bevölkerung hat die Ukraine keine einende christliche Landeskirche. Mindestens fünf wichtige christliche Kirchen befinden sich mehr oder weniger intensiv miteinander im Streit. Die national orientierte Führung unter Präsident Viktor Juschtschenko unterstützte in erster Linie die institutionelle Selbständigkeit der beiden wichtigsten, vom Moskauer Patriarchat unabhängigen orthodoxen Kirchen – der selbsternannten UOK-KP unter Filaret II., die sich in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts vom Moskauer Patriarchat abgespalten hatte, und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, die insbesondere in der Westukraine eine wichtige Rolle spielt. (Daneben ist ebenfalls vor allem in der Westukraine die zu Rom gehörende Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche bedeutsam.) Die Kanonizität der beiden erstgenannten orthodoxen Kirchen ist umstritten, sie wird von den orthodoxen Kirchen der byzantinischen Tradition nicht anerkannt. Ihnen gegenüber steht die kanonisch anerkannte UOK-MP unter Metropolit Wolodymyr von Kiew und der gesamten Ukraine. Sie befindet sich in einer besonders einflussreichen Position, wenngleich sie durch ihre historische und kanonische Beheimatung in Russland kaum im Zusammenhang mit der ukrainischen nationalen Wiedergeburt steht. Sie wird im Gegenteil von ethnischen Ukrainern häufig als eine ihrer Gegenkräfte aufgefasst. Vor allem für sie mussten daher Gesten wie die Segenserteilung für Präsident Janukowitsch bei dessen Amtseinführung am 25. Februar 2010 durch Patriarch Kyrill I. von Moskau und ganz Russland im Kiewer Höhlenkloster – „von wo einst die Rus ausgegangen war“²⁰ (Kyrill) – eine besondere Symbolik haben.

Andererseits trug die UOK-MP ebenso wie die anderen orthodoxen Kirchen nach dem postsowjetischen Werteverfall maßgeblich zur inneren Sammlung weiter Teile der ukrainischen Bevölkerung bei. Auf der Krim werden über-

20 Zitiert nach: RIA Novosti, Ukraine: Moskauer Patriarch und Kiewer Metropolit beteten für neuen Präsidenten, unter: http://de.rian.ru/post_soviet_space/20100225/125243279.html.

dies ihre gegenwärtig verstärkte Arbeit zur Förderung christlicher Werte in Bildung, Jugend und Familie sowie ihr Eintreten gegen Alkoholismus und Drogenabhängigkeit deutlich wahrgenommen. Im öffentlichen Bild der Städte und Gemeinden der Krim notiert man nach wie vor den bereits erwähnten Bau von Kirchen und Gebetshäusern, auch die Einrichtung von Klöstern. Christen des Kiewer Patriarchats und Muslime werten das teilweise als Expansion, ähnlich wie für viele Ukrainer auch Ereignisse wie der Besuch des Moskauer Patriarchen Kyrill in Kiew, Donezk, der Westukraine und auf der Krim im August 2009 die Differenzen zwischen den orthodoxen Kirchen der Ukraine nur vertieft haben.

Der ursprünglich 1994 begonnene Dialog zwischen den Ukrainischen Orthodoxen Kirchen des Moskauer und des Kiewer Patriarchats wurde im Oktober 2009 wieder aufgenommen. Für die Gespräche wurden auf beiden Seiten entsprechende Kommissionen gebildet. Von Regierungsseite heißt es dazu, dass eine Annäherung vor allem vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses ausländischer Neukirchen wünschenswert sei.

Spaltung der Krimtataren

Seit den 90er Jahren bereits vollzieht sich eine Spaltung der weltlichen krimtatarischen Bewegung, die seit einiger Zeit auch in konfessioneller Hinsicht wirksam wird. Gleichzeitig fassen seit geraumer Zeit islamische Organisationen in der Ukraine und auf der Krim Fuß, die hier zuvor nicht aktiv waren.

Weltliche Spaltung der Krimtataren

Seit der Rückkehr der Krimtataren auf die Halbinsel in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es zu jeder Zeit eine Opposition zur weltlichen Führung der Krimtataren, der Medschlis, etwa in Gestalt der Nationalen Bewegung der Krimtataren (*Nacional'noe Dviženie Krymskich Tatar*, NDKT). Sie war allerdings ohne maßgeblichen politischen Einfluss. Seit dem Gruppenaustritt von 17 Persönlichkeiten aus der Medschlis im Jahr 1997 sind jedoch mehrere unabhängige, politisch wirksame Organisationen entstanden. Die Medschlis ist als Exekutivorgan des Kurultai zwar nach wie vor das führende politische Gremium der Krimtataren, sie sieht sich allerdings bereits gezwungen, ihrem sinkenden Einfluss entgegenzuwirken, so z.B. durch die Einberufung des Weltkongresses der Krimtataren im Mai 2009. Dessen ungeachtet wächst der Einfluss oppositioneller Bewegungen wie der *Milli Firka*. Sie wirft der Medschlis vor allem fehlende Transparenz und Demokratie sowie Korruption und die mangelnde Durchsetzung der oben erwähnten strategischen Forderungen der Krimtataren, in deren Zentrum die Einrichtung einer krimtatarischen national-territorialen Autonomie steht, vor. Zu beobachten ist hier auch eine zumindest verbale Radikalisierung. In den Deklarationen der *Milli Firka* werden die Führer der Medschlis als Verräter bezeichnet, der Kurultai, dem als höchstem Vertretungsorgan die Wahl der Medschlis obliegt,

als illegitim.²¹ Die innertatarische Opposition gibt an, die jetzige Medschlis würde nur rund ein Drittel der für den Kurultai wahlberechtigten Krimtataren vertreten.

Konfessionelle Spaltung der Krimtataren

Der Einfluss des eher als liberal und tolerant geltenden türkischen Islams, der in der Ukraine und auf der Krim insbesondere seit Anfang der 90er Jahre zu verzeichnen war, wird seit Beginn der 2000er Jahre allmählich durch arabische Einflüsse verdrängt. Diese Beobachtung wird von der Abteilung für Religionsangelegenheiten im Staatskomitee für nationale Minderheiten und Religionen in Kiew bestätigt.

Auf der Krim selbst wird das ebenfalls bestätigt. In der Medschlis verfolgt man einen deutlichen Zulauf zu werteorthodoxen Salafiten und Wahhabiten, die an frühislamischen Traditionen und der aus ihrer Sicht authentischen Lehre orientiert sind und denen man nachsagt, die Globalisierung ebenso abzulehnen wie die europäische Integration der Ukraine, aber auch deren Annäherung an Russland. Beobachter sehen zudem ein Erstarken der *Hizb ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“) auf der Halbinsel, die zwar derzeit noch keine markante Einflussgröße darstelle, allerdings eine erhebliche Wertewirkung aufweise und allmählich eigene Strukturen aufbaue. Eine deutliche Zunahme ihres öffentlichen Wirkens auch in politischen Zusammenhängen wird bereits festgestellt. Anders als in Deutschland oder Russland ist *Hizb ut-Tahrir* in der Ukraine behördlich zugelassen. Unterschiedliche amtliche Stellen schätzen vage, dass die Organisation auf der Krim über 4.000 bis 10.000 Anhänger verfüge. Von anderer Seite wird vermutet, dass es landesweit insgesamt nur etwa 10.000 bis 15.000 Anhänger gibt.

Der Islam, der für die auf die Krim zurückgekehrten Krimtataren ein Element des ethnischen Zusammenhalts war, verliert allmählich diese Eigenschaft. Das von der Medschlis protegierte Muftiat unter Mufti Emirali Ablajew verfügt nicht über die nötige Korankompetenz und die erforderliche Einbindung in die islamische Welt, um sich mit den neuen Bewegungen in Lehre und religiöser Praxis auseinandersetzen zu können. Erste sogar handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen seinen Anhängern und Unterstützern von *Hizb ut-Tahrir* deuten auf substantielle Schwierigkeiten in der konfessionellen Auseinandersetzung hin. Selbst die eigenmächtige Schließung einer Moschee durch die Medschlis wegen der Nähe der dortigen Gemeinde zur *Hizb ut-Tahrir* wurde bereits vermeldet.

Gleichzeitig vermeiden sowohl die Medschlis als auch das Muftiat unter Mufti Emirali Ablajew aufgrund konfessioneller Befindlichkeiten und aus Wettbewerbsgründen den Kontakt zur Religiösen Verwaltung der Muslime der Ukraine in Kiew unter Mufti Scheich Achmed Tamim. Diese wird der ursprünglich aus dem Libanon stammenden habaschitischen Bewegung zu-

21 Vgl. Milli Firka Press Service, The Crimean Tatars declared leaders of Milli Medzhlis traitors of the people, unter: http://www.milli-firka.org/?mod=article_read&article=3246.

geordnet und ist das wohl einflussreichste der in der Ukraine außerhalb der Krim bestehenden vier Muftiate.

Auf der Krim existierten Ende 2009 laut zuständiger Behörde neben den rund 340 Gemeinden, die dem Medschlis-nahen Muftiat unterstehen, bereits insgesamt 47 unabhängige muslimische Gemeinden, von denen wiederum 28 den sogenannten „neuen islamischen Strömungen“ zuzuordnen sind. Das Medschlis-nahe Muftiat selbst weist auf fünf einflussreiche Gemeinden auf der Krim hin, die neuen islamischen Strömungen zuzurechnen sind.

Ähnlich wie den muslimischen Kreisen selbst fällt es auch Regierungsstellen schwer, sich gegenüber den neuen islamischen Strömungen zu positionieren. Vom zuständigen Republikskomitee der Krim für religiöse Angelegenheiten in Simferopol wird beklagt, dass es gesetzlich dazu verpflichtet sei, selbst politisch fragwürdige Organisationen und Sekten zu registrieren. Der Behörde fehlten praktikable gesetzliche Regelungen. Darüber hinaus fehlt gewiss auch die religionstheoretische Fachkenntnis, um innerkonfessionelle Vorgänge und deren politische Konnotationen beurteilen zu können. Die Unsicherheit im Umgang mit neuen religiösen Organisationen hat auf der Krim zunächst zu einem Defensivverhalten der Behörde und seit 2007 zur Ablehnung von Neuregistrierungen geführt. Einige Fälle seien, so heißt es, auf dem Gerichtsweg entschieden worden, einige Fälle stünden noch aus.

Die krimtatarische Agenda

Die politische Agenda der Krimtataren umfasst neben dem erwähnten Fernziel der Einrichtung einer national-territorialen Autonomie mit krimtatarischer Titularnation die Forderung nach dem Schutz ihrer Rechte als indigenes Volk. Sie wenden sich gegen die fehlende verfassungsmäßige Anerkennung des Krimtatarischen als Staatssprache, die mangelnde Präsenz der krimtatarischen Sprache in Bildung, Literatur und Medien, gegen die Unterrepräsentierung der Krimtataren in politischen Gremien und im öffentlichen Dienst, staatliche Beschäftigungsdiskriminierung, die Vernichtung oder ausbleibende Wiedererrichtung ihres baulichen kulturellen Erbes sowie gegen die seit 1945-1948 russifizierte und zunehmend ukrainisierte Toponomie (Flurbezeichnungen, Orts- und Straßennamen etc.).²² In ihrem schwersten Vorwurf bezichtigen die Krimtataren die ukrainische Regierung des sogenannten kulturellen Genozids, der auch als Ethnozid bezeichnet wird.²³ Die Krimtataren fordern gesetzliche Regelungen für die Integration und die Entschädigung ehemals deportierter Personen als Kollektivrecht und lehnen Individualregelungen diesbezüglich ab.

22 Vgl. ebenda.

23 Vgl. Ayder Mustafayev, Protect us from discrimination – help us restore our rights! – Appeal of Crimean Tatar People to the Organization for Security and Co-operation in Europe, PC.NGO/19/07, Bukarest, 8. Juni 2007.

Illegale Landnahmen durch Krimtataren

Zu den brisanten Problemen gehören die auch nach zwei Jahrzehnten noch anhaltenden illegalen Landnahmen. In der jetzigen dritten Landnahmewelle schließen sich die Nachfahren der ehemals deportierten Krimtataren zusammen, um Häuser und Grundstücke in den Wohnorten ihrer Vorfahren in Besitz zu nehmen, nachdem Rückübertragungen oder Entschädigungen vom Gesetzgeber generell ausgeschlossen worden waren. Krimtataren sprechen ihrerseits von dem an ihnen begangenen Landraub. Sie beklagen bedeutende Landenteignungen (nach eigenen Angaben 80.350 Häuser mit dazugehörigem Vermögen sowie 78.455 Flurstücke im Deportationsjahr 1944), Fremdbesiedlung, die Ablehnung ihrer Rückgabe- und Entschädigungsforderungen sowie den Ausschluss aus der Landprivatisierungskampagne in den 90er Jahren.²⁴ Während laut Angaben offizieller Stellen der Krim im Herbst 2009 für nur noch rund 1,5 Prozent der krimtatarischen Familien, d.h. etwa 4.000 Haushalte, die Wohnungsfrage ungeklärt war, standen noch immer ca. 10.000 krimtatarische Grundstücksforderungen an. Da es kein Register für Rückkehrer und noch im Ausland (vor allem Usbekistan) lebende ehemals deportierte Personen und ihre Nachfahren gibt, sind zudem künftige Forderungen nicht quantifizierbar und stehen als allgemeine Drohung im Raum.

Eine grundlegende Regelung der Landfrage wäre möglich, wird aber offenbar weder von Regierungs- und Wirtschaftskreisen noch von krimtatarischer Seite mit letzter Konsequenz angestrebt. Obwohl seit mehr als einem Jahrzehnt ein Bodenkataster der Krim erarbeitet wird, findet er noch immer keine Anwendung. Es gibt keinen Nachweis über die illegal besetzten Grundstücke. Da Grund und Boden inzwischen handelbar sind, spitzt sich die Auseinandersetzung zusätzlich zu. Illegale Landnahmen seien zur Geschäftskonzeption geworden, wird aus slawischen Kreisen kommentiert.

Abkehr der Russen

Unter den ethnischen Russen der Krim macht sich eine deutliche Abkehr von der politischen Ukraine bemerkbar. Sie sind insgesamt enttäuscht von den knapp zwei Jahrzehnten ukrainischer Unabhängigkeit, dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes und den immer wiederkehrenden ethnischen Affronts der Zentralregierung ihnen gegenüber. „Wir wollen keiner Verlierernation angehören“, lautet eine typische Äußerung russischer Gesprächspartner auf der Krim. Die Orange Revolution, die sich auch gegen den prorussischen späteren Premierminister und jetzigen Präsidenten Viktor Janukowitsch gerichtet hatte, empfanden sie als antirussisch. Bestätigt wurden sie hierin durch ihre in der Folgezeit von Präsident Juschtschenko betriebene Zurücksetzung hinsichtlich Sprache, Bildung und Medien – so jedenfalls lauten die Darstellungen russischer Politiker und Medienvertreter auf der Krim. Die Zwangs-

24 Vgl. ebenda.

ukrainisierung ihrer Personennamen war und ist für ethnische Russen demütigend. Die 2009 per Ministererlass angeordnete Nutzung der ukrainischen Sprache in Schulen selbst außerhalb des Unterrichts sowie für Aufnahmeprüfungen an den Universitäten hat die Russen empört. Von einigen war vor diesem Hintergrund zu hören, antiukrainische Stimmungen hätten bereits nachhaltigen Charakter angenommen. Die nach wie vor restriktiven Regelungen Kiews zwingen regelrecht zu zivilem Ungehorsam. Aktivitäten, die auf eine Loslösung von der Ukraine abzielen könnten, wie dies noch Mitte der 90er Jahre zu beobachten war, gibt es derzeit jedoch nicht.

Auswirkung der Georgienkrise

Die Georgienkrise im Jahr 2008 hat der ukrainischen Öffentlichkeit den Einfluss Russlands auf das Land deutlicher gemacht als jede vorangegangene bilaterale Auseinandersetzung wie etwa die verschiedenen Gastransitstreits. Das ethnisch russische Lager scheint sich nach den Ereignissen in Georgien bewusst zurückhaltend zu bewegen. In der Tat hat die Georgienkrise das politische Denken in der Ukraine im Allgemeinen und speziell auf der Krim tief beeinflusst. Russland ist im Bewusstsein der Minderheiten als ein Akteur auf die Bühne zurückgekehrt, der regionale politische Realitäten wirksam verschieben kann. In Reaktion auf den Ausgang des Kosovokonflikts habe die Georgienkrise die Einflusssphären Russlands klargestellt und auch die Bereitschaft zu militärischen Lösungen im postsowjetischen Raum demonstriert. Ähnlich war von der Krim aus zuvor bereits der Friedensschluss zwischen Moskau und Grozny nach dem zweiten Tschetschenienkrieg gesehen worden.

Wahrnehmung des russischen Flottenabzugs 2017/2042

Nach der Georgienkrise wird die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol von ethnischen Russen stärker als zuvor als stabilisierender innenpolitischer Faktor aufgefasst, auf ethnisch ukrainischer Seite ist das Gegenteil der Fall. Für Präsident Janukowitsch war das von ihm zu Beginn seiner Amtszeit mit Russland ausgehandelte Doppelabkommen über langfristige Gaspreisrabatte einerseits und die Verlängerung der Stationierungsfrist der Schwarzmeerflotte von 2017 auf 2042 wirtschaftlich gewinnbringend und politisch vorteilhaft. Es bindet das Land enger an Russland und stärkt mit der russischen Flottenpräsenz langfristig das russische Element in der innenpolitischen Szene der Ukraine. Für die russische Volksgruppe der Krim hat dies eine außerordentliche atmosphärische Bedeutung.

Darüber hinaus machen Sewastopoler Kommunalpolitiker seit langem darauf aufmerksam, dass die Stadt bereits heute vor erheblichen beschäftigungspolitischen Problemen infolge der Freisetzung von militärischem und zivilem Personal sowie vor immensen Konversions- und Umweltaufgaben stehe. Der

historische Stützpunkt wird ihrer Ansicht nach weitere brisante Themen auf die Tagesordnung setzen wie z.B. den Umgang mit Wohnungs- und Beschäftigungsproblemen russischer Staatsbürger, die noch immer ausstehende eigentumsrechtliche Entflechtung von militärischen und nichtmilitärischen Liegenschaften oder die mögliche administrative Eingliederung des laut Verfassung unabhängigen Verwaltungsareals Sewastopol mit seinen drei Städten Sewastopol, Inkerman und Balaklawa sowie 60 Dörfern und Siedlungen in die Autonome Republik Krim.

Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Die Regierung der Ukraine hat zwar ihre Bewerbung um den OSZE-Vorsitz sowohl 2009 als auch 2010 erneut bekräftigt. Gleichzeitig strebt sie jedoch dem Eindruck nach die allmähliche Einstellung der Tätigkeit des OSZE-Projekt Koordinators in der Ukraine an. Damit stellt sie sich erneut in einer Art und Weise gegen bewährte Formen der europäischen Sicherheitszusammenarbeit, mit der sie bereits 1999 die Schließung der OSZE-Mission in der Ukraine erzwungen und somit einen Präzedenzfall für die Einstellung von OSZE-Feldoperationen geschaffen hatte.

Der Projekt Koordinator zu seinen Aktivitäten

Der Projekt Koordinator definiert für seine Tätigkeit nach eigenen Angaben keine besonderen Themenschwerpunkte oder Zielgruppen. Ebenso legt er keine speziellen Zielregionen fest, da die ukrainische Seite weder die innere Ost-West-Thematik des Landes noch die Krimfrage extra angesprochen sehen möchte. Der Koordinator zieht es vor, zu politischen Themen wie etwa der Minderheitensituation oder der Sprachenfrage keine Stellung zu beziehen. Für die zentralen OSZE-Institutionen ist sein Büro durch Ortskenntnis, Kontakte und sein kollektives Gedächtnis ein hilfreicher Ansprechpartner.

Der OSZE-Projekt Koordinator ist ausdrücklich auf Projektarbeit beschränkt. Eine politische Beobachtung (*Monitoring*), wie sich noch durch die OSZE-Mission durchgeführt wurde, findet in keiner Weise mehr statt. Seine Berichterstattung ist auf die Projekte reduziert, die das ukrainische Außenministerium oder andere Behörden bei ihm in Auftrag geben. Das ausschließliche Initiativ- und Zustimmungsrecht des Außenministeriums für die Projekte wird von allen beteiligten Seiten, einschließlich des Projekt Koordinators selbst, hervorgehoben. Gleichwohl schließt das *Memorandum of Understanding* von 1999 eine aktivere Rolle des Projekt Koordinators bei Planung, Absprache und Information keineswegs aus.²⁵

25 Vgl. Memorandum of Understanding between the Government of Ukraine and the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Concerning the Creation of a New Form of Co-operation, Wien, 13. Juli 1999, Artikel 1, Punkte 2 und 3, sowie Artikel 2, Punkt 3.

Das Personal im Kiewer Büro des Projektkoordinators besteht derzeit nach eigenen Angaben aus vier internationalen und 51 nationalen Mitarbeitern, die in etwa acht bis neun Einheiten Ende 2009 zwischen 25 und 27 Projekte bearbeiteten, in denen wiederum jeweils eigene nationale Projektbearbeiter beschäftigt waren. Über deren Gesamtzahl konnte keine Auskunft erteilt werden. Der Projektkoordinator verfügt im Jahr 2010 über einen regulären Haushalt von 2.752.300 Euro (2009: 2.758.500 Euro).²⁶ Über die Gesamthöhe der außerbudgetären Mittel des Projektkoordinators konnten von keiner Seite Angaben eingeholt werden. Die Planungen für 2010 umfassen Projekte zu folgenden Themen: Wahlgesetzgebung und Wählerregister, Förderung der Zivilgesellschaft und der Medien, Bekämpfung von Menschenhandel, häuslicher Gewalt sowie Folter und anderer grausamer Behandlung, Polizeiausbildung, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Menschenrechtsförderung, Verwaltungsrecht und Bürgerbeschwerden, Integration ehemaliger Militärangehöriger, Verbesserung der Grenzsicherung und Förderung alternativer Energien.²⁷

Weiterhin implementiert wird das in der Verantwortung des OSZE-Sekretariats liegende *Mélange*-Projekt. Es umfasst den Abbau von 3.168 Tonnen Raketentreibstoff im Rahmen seiner ersten Phase mit Zielzeitraum November 2010. Es ist das aktuell prominenteste Projekt der OSZE in der Ukraine. Die Beschaffung außerbudgetärer Mittel für die zweite Phase des Projekts, das für 2010 vom Sekretariat als „vorrangige Aufgabe“ bezeichnet wird, ist ausgeschrieben. Die Entsorgung explosiver Kampfmittelrückstände wird ebenfalls fortgesetzt. Erfolgreiche Projekte hierzu fanden auf der Krim – in Kertsch und vor Sewastopol – und auf dem ukrainischen Festland in Bila Zerkwa statt. Solche Projekte sind nicht nur objektiv notwendig, sondern nach mehreren verheerenden Unglücksfällen in den Munitionslagern von Nowobogdaniwka im Gebiet Saporischja auch öffentlichkeitswirksam.

Maßnahmen des Projektkoordinators zur Verbesserung der Grenzsicherung werden in Zusammenarbeit mit der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes an der moldauisch-ukrainischen Grenze (*EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine*, EUBAM) an der 1.222 Kilometer langen moldauisch-ukrainischen Grenze durchgeführt und haben somit auch Implikationen für Transnistrien. Ziel der EU-Förderung ist es, das ukrainische Grenzregime bis 2015 den Schengener Standards anzupassen. Die Bereitschaft des Projektkoordinators, die Kosten für teure technische Ausrüstungen zu übernehmen, wird von einigen Delegationen kritisch notiert.

26 OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 923, Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2010, PC.DEC/923, 22. Dezember 2009, S. 6; Zahlen für 2009: OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 929, Berichtigung des OSZE-Gesamthaushaltsplans 2009 zu Jahresende, Anhang, S. 7, PC.DEC/929, 4. März 2010.

27 Vgl. 2010 OSCE Programme Outline, SEC.GAL/74/09, 20. Mai 2009.

Ukrainische Befindlichkeiten gegenüber dem Projektkoordinator

Die ukrainische Regierung visiert dem Vernehmen nach seit geraumer Zeit die schrittweise Reduzierung der Aktivitäten des Projektkoordinators und deren Ersetzung durch die direkte Zusammenarbeit mit den zentralen Institutionen der OSZE an. Man gewinnt den Eindruck, dass die Arbeit des Projektkoordinators letztendlich eingestellt werden soll; dies ist jedoch allenfalls ein Fernziel. Derzeit sei von einer Schließung des Büros des Projektkoordinators nicht die Rede, heißt es in Regierungskreisen. Aus heutiger Sicht wolle man die Aktivitäten des Koordinators zunächst auf einige wenige – von derzeit 25 bis 27 auf künftig zwei bis drei – Projekte konzentrieren. Das Ziel der Zusammenarbeit solle darin bestehen, die Projektarbeit an ukrainische Partner übergeben zu können. Jedes einzelne Projekt müsse daher streng genommen über eine Ausstiegsstrategie verfügen, wofür man jedoch ebenfalls keinen zeitlichen Rahmen setzen wolle.

Ein schlüssiges Konzept zu Themen und Formaten des Projektkoordinators ist auf ukrainischer Seite indes kaum auszumachen. Aus den verschiedenen Gesprächen ging kein einheitlicher Standpunkt hervor. Insgesamt sehe man keine spezifischen Themen, hieß es einerseits, ausgenommen eventuell die Energiesicherheit. Hier könne man sich eine besondere Rolle des Projektkoordinators bei der Implementierung der EU-Maßnahmen für den ukrainischen Energiesektor entsprechend der gemeinsamen Erklärung vom März 2009 vorstellen.²⁸ Andererseits wurden Einzelthemen wie z.B. die Unterstützung bei der Analyse der Gesetzgebung im Kontext der Annäherung der Ukraine an die EU genannt oder auch die bereits weiter oben erwähnten möglichen Projektthemen.

Kiew hat noch einmal bekräftigt, dass die Aktivitäten des Projektkoordinators wieder strikter an das Außenministerium gebunden werden müssten. Die direkte Zusammenarbeit mit anderen Behörden würde sich ungünstigerweise der Koordination durch das Außenministerium entziehen. Projekte des Projektkoordinators dürften außerdem die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen nicht duplizieren und müssten nachweisbare soziale und wirtschaftliche Effekte haben.

Der ukrainische OSZE-Vorsitz im Jahr 2013

Diskussionen über die Zusammenarbeit der Ukraine mit der OSZE und nicht zuletzt mit deren Projektkoordinator stehen zwangsläufig im Zusammenhang mit dem ukrainischen OSZE-Vorsitz im Jahr 2013. Die ukrainische Seite

28 Vgl. European Commission/Government of Ukraine, Joint Declaration, Joint EU-Ukraine International Investment Conference on the Modernization of Ukraine's Energy Transit System, unter: http://ec.europa.eu/external_relations/energy/events/eu_ukraine_2009/joint_declaration_en.pdf.

nannte für ihre Bewerbung um den OSZE-Vorsitz 2013 in Gesprächen mehrere unterschiedlich gewichtete Motive:²⁹ Zum einen böte ein ukrainischer Vorsitz die Möglichkeit einer größeren Nähe zur Europäischen Union. Zum anderen könne die Ukraine tatsächlich etwas erreichen („*Ukraine can make some difference*“). Die Ukraine wolle sich außerdem als europäischer Führer zeigen und habe schließlich noch nie den OSZE-Vorsitz innegehabt. Zudem verfüge sie seit der ukrainischen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2000/2001 über wichtige Erfahrungen in der multilateralen Zusammenarbeit. Außenminister Hryschtschenko bekräftigte auf einer Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE am 22. Juni 2010 noch einmal persönlich die ukrainische Bewerbung.³⁰

Die ukrainische Regierung unterscheidet trotz der bevorstehenden Übernahme des OSZE-Vorsitzes klar zwischen dem Beitrag, den sie von der OSZE für die Sicherheit der Ukraine erwartet, und den Aktivitäten der OSZE im eigenen Land. Der Nutzen der Organisation wird also in erster Linie in „Außenbeiträgen“, nicht aber in „Innenbeiträgen“ gesehen. Der Wert der OSZE bestehe darin, so wird unterstrichen, der Ukraine eine gleichberechtigte Stimme im europäischen Sicherheitsdialog und derzeit namentlich im Korfu-Prozess zu geben. Gleichzeitig sehe man die Wirksamkeit der OSZE kritisch und wünsche sich – so das nach wie vor fragwürdige Argument – eine größere Ausgewogenheit zwischen den drei Dimensionen der Organisation. Ein besonderes Engagement der OSZE in der Ukraine werde perspektivisch überflüssig werden, zumal der politische Kontext für die Ukraine, wie es Gesprächspartner ausdrücken, heute von der EU und nicht mehr durch die OSZE vorgegeben werde.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Situation der Ukraine ist von einer eigentümlichen Mehrdeutigkeit gekennzeichnet. Einerseits gibt es weder innen- noch außenpolitisch Anzeichen für eine offene Krise. Andererseits weist die Ukraine sowohl in innen- als auch in außenpolitischer Hinsicht eine Fülle von Verletzlichkeiten auf, die angesichts der latenten Staatsschwäche des Landes leicht ausgenutzt werden können.

Die Momentaufnahme entspricht dem größeren Bild: Einerseits besteht ein großer, der Orangen Revolution geschuldeter Fortschritt darin, dass Mord und andere Formen der physischen Gewalt nicht länger Mittel der politischen Auseinandersetzung sind, dass es eine gewisse Medienfreiheit gibt und dass Wahlen offenbar nicht länger in großem Maßstab gefälscht werden. Anderer-

29 Vgl. Delegation of Ukraine to the OSCE, Statement on the bid of Ukraine for the OSCE Chairmanship in 2013, PC.DEL/802/09, Wien, 16. Oktober 2009.

30 Vgl. OSCE Press Release, OSCE role in conflict prevention and resolution should be enhanced, says Ukrainian Foreign Minister, Wien, 22. Juni 2010, unter: <http://www.osce.org>.

seits ist das Ausmaß der Rat- und Perspektivlosigkeit sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik groß, die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise tut ein Übriges, um diese Stimmungslage zu vertiefen.

In dieser Situation ist es von großer Bedeutung, dass die Öffentlichkeit und die Eliten der Ukraine begreifen, dass notwendige Entwicklungsschritte nicht primär von außen angestoßen werden können, sondern zuallererst auf die Umsetzung einer eigenen Agenda zurückzuführen sein müssen. Formen der Zusammenarbeit mit der Ukraine im Allgemeinen und zwischen der Ukraine und der OSZE im Besonderen müssen sich an diesem übergeordneten Ziel ausrichten.

Im Einzelnen werden die folgenden Kooperationsansätze und Projektthemen empfohlen:

1. *Dialog über den Weg zum ukrainischen Vorsitz 2013.* Empfohlen wird, die Vorbereitungen der Ukraine auf den OSZE-Vorsitz im Jahr 2013 gezielt zu nutzen.³¹ Gespräche hierzu sollten mit Mitarbeitern des Außenministeriums, aber auch der auswärtigen Abteilungen anderer Behörden über die politischen Prioritäten für 2013 geführt werden. Es bietet sich auch die Möglichkeit eines Fachdialogs mit Wissenschaftlern und Minderheitenvertretern etwa zur Rolle der Ukraine in der europäischen Sicherheitslandschaft oder zu den Erwartungen gegenüber der OSZE in innenpolitischen Zusammenhängen.
2. *Fortbestand der Anwesenheit des OSZE-Projektkoordinators.* Es sollte auf der Fortsetzung der Präsenz des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine bestanden werden. Die Schließung dieser Feldpräsenz würde falsche Signale an die ukrainische Öffentlichkeit, aber auch für das Fortbestehen anderer notwendiger Feldpräsenzen senden. Sie wäre vor dem Hintergrund der aktuellen innenpolitischen Situation in der Ukraine politisch auch kaum darstellbar.
3. *Thematische OSZE-Feldpräsenz in der Ukraine.* Zu erwägen ist das Wiederaufgreifen eines früheren ukrainischen Vorschlags zur Einrichtung einer dauerhaften, auf ein konkretes Thema bezogenen Form der Anwesenheit der OSZE in der Ukraine. Im Jahr 1999 war die Gründung eines Zentrums für ethnopolitische Forschung unter der Schirmherrschaft des HKNM oder des Generalsekretärs angeregt worden. Die Idee spielt heute keine Rolle mehr, bietet aber immerhin einen gedanklichen Anknüpfungspunkt für künftige Aktivitäten.
4. *Dialogförderung.* Empfohlen wird, den Dialog zwischen den wichtigsten Volksgruppen der Ukraine über den Projektkoordinator und den HKNM auf zentraler und regionaler Ebene verstärkt zu fördern. Hierzu bieten sich gemeinsam mit den für interethnische Beziehungen zuständigen Behörden wie Staats-, Republiks- oder Gebietskomitees und den

31 Die Bewerbung ist formuliert in: MC.DEL/31/05, CIO.GAL/145/07, MC.DEL/87/07, PC.DEL/802/09, MC.DEL/12/09 und PC.DEL/618/10.

entsprechenden Parlamentsausschüssen organisierte Veranstaltungen an. Gleichzeitig sollten vor allem über den HKNM Kontakte zu den für interkonfessionelle Fragen zuständigen Behörden und Beratungsgremien wie dem Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen oder dem Interkonfessionellen Rat der Krim intensiviert werden.

5. *Flaggschiffprojekte, aber keine Reduzierung.* Vorgeschlagen wird, auf die ukrainische Seite einzugehen und für die Arbeit des Koordinators einige prominente Flaggschiffprojekte zu definieren. Allerdings sollte das auf keinen Fall zu einer wesentlichen Reduzierung seiner Aktivitäten führen. Zu solchen Projekten könnten die Unterstützung bei der Verbesserung des nationalen Personenregisters (Hintergrund: Volkszählung 2012), die Fortsetzung der wahlbezogenen Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Wahlen und Menschenrechte (BDIMR) oder die zweite Phase des *Mélange*-Projekts in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat zählen. Von ukrainischer Seite sind sicherlich weitere Anfragen zur Entsorgung explosiver Kampfmittelrückstände zu erwarten.